

G20-Gipfel in Hamburg: Führende Wirtschaftsmächte dürfen Chance für neue Klimapolitik nicht versäumen

Stand: 27. Juni 2017

Bundeskanzlerin Angela Merkel präsentiert sich der Öffentlichkeit gerne als Klimaschützerin, vor allem seit US-Präsident Donald Trump den Austritt aus dem Pariser Weltklimaabkommen ankündigte. Auch beim Treffen der 20 einflussreichsten Wirtschaftsmächte hat die Bundesregierung das Thema auf die Agenda gesetzt. Und das tut Not. Denn diese Länder verantworten mit ihren auf ungebremstes Wachstum und schnellen Profit orientierten Wirtschaftsmodellen drei Viertel aller Treibhausgasemissionen. Ihre Regierungen scheitern derzeit außerdem daran, ihren Zusagen aus dem Pariser Klimaabkommen zu entsprechen und die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad oder zumindest deutlich unter zwei Grad zu begrenzen.

Bleibt es bei den bisherigen Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft, dann steigt die durchschnittliche Temperatur der Erdatmosphäre nach Berechnungen von Wissenschaftlern um mehr als drei Grad, selbst wenn die einzelnen Staaten ihre jeweiligen nationalen Klimaschutzpläne tatsächlich umsetzen¹ – was ebenfalls noch fraglich ist. Denn auch Deutschland erfüllt bislang nicht die eigenen Klimaziele. Das Ziel der deutschen Bundesregierung, bis 2020 40 Prozent weniger Treibhausgase auszustößen als noch im Jahr 1990 rückt in immer weitere Ferne.

G19-Allianz zur Transformation des Energiesektors gefordert

Global betrachtet ist die Situation dramatisch: Die Energiesektoren der G20 produzieren den größten Anteil klimaschädlicher Emissionen, da nach wie vor fossile Energiequellen dominieren. Und der Energiesektor ist aktuell noch für zwei Drittel der globalen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Angesichts der energiepolitischen Rolle rückwärts der US-Regierung zugunsten der Kohleindustrie sind jetzt vor allem die anderen 19 historisch wie aktuell besonders verantwortlichen Emittenten gefragt, den Umbau der Energieversorgung anzugehen.

Dass einige der G20-Staaten trotz des kohlefreundlichen Kurses der US-Regierung gewillt sind, klimapolitische Anstrengungen zu unternehmen, ließ sich zumindest verbal in den vergangenen Wochen von manchen Staatschefs, darunter auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, vernehmen. Doch den Lippenbekenntnissen müssen konkrete Vereinbarungen und Taten folgen: Die Bundesregierung sollte mit den übrigen klimaschutzwilligen G19 eine Allianz zur Transformation des Energiesektors schmieden. Das Ziel ist deutlich weniger Energieverbrauch und 100 Prozent Erneuerbare Energien bis zur Mitte des Jahrhunderts, so dass schnell und wirksam große Mengen Klimagase eingespart werden.

Raus aus dem Fossilen, auf ins Zeitalter der Erneuerbaren

Transformation des Energiesektor bedeutet konkret die Abkehr von Öl und Gas, und es heißt vorrangig: Ausstieg aus der Kohle. Die Emissionen aus der Verbrennung von Kohle sind das mit Abstand größte Klimaproblem: 45 Prozent der globalen CO₂-Emissionen gehen auf das Konto dieses einen Brennstoffs. Viele Länder nutzen Kohle vor allem für die Stromerzeugung. Der Stromsektor spielt eine Schlüsselrolle für den Klimaschutz, da Strom künftig vermehrt in den Bereichen Wärme und Verkehr zum Einsatz kommen wird, um dort fossile Brennstoffe zu ersetzen. Und er kann – im Gegensatz etwa zum Sektor Industrie – leichter emissionsfrei werden. Mit den Erneuerbaren Energien sind längst klimafreundliche Alternativen vorhanden.

¹ UNEP (2016). The Emissions Gap Report 2016.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)² und andere Beobachter sind sich einig: Um die Erderwärmung noch auf ein einigermaßen verträgliches Maß zu begrenzen, müssen die globalen Emissionen sehr bald ihr Maximum erreicht haben, um dann schnell zu sinken. Mindestens drei Viertel der Klimaschutz-Anstrengungen bis 2050 müssen in den G20-Ländern stattfinden. Um dies zu schaffen, müssen zuerst die hochindustrialisierten Länder mit dem – auch historisch betrachtet – höchsten Klimagas-Ausstoß ihre Emissionen stark reduzieren. Pro Person liegen die Emissionen etwa in den EU-Staaten oder den USA noch um ein Vielfaches höher als in ärmeren G20-Ländern wie Indien oder Indonesien, die außerdem kaum zur Verursachung des Klimawandels beigetragen haben. Doch auch in den schnell wachsenden G20-Volkswirtschaften wie Indien, Indonesien und China darf die Trendwende hin zu sinkenden Emissionen nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Auf Seiten der Energiewirtschaft vollzieht sich – getrieben durch stark fallende Kosten bei den Erneuerbaren und größeren Risiken bei fossilen Energien – bereits ein Wandel: Im Jahr 2015 wurden weltweit erstmals mehr Anlagen Erneuerbarer Energien errichtet als fossile Kraftwerke. In vielen Weltregionen ist Strom aus Solar- oder Windkraftanlagen inzwischen günstiger als aus fossilen Kraftwerken. Bei Berücksichtigung externer Kosten wie Umwelt-, Gesundheit- und Klimaschäden sind Erneuerbare schon längst die kostengünstigste Alternative.

Jüngst hat auch eine gemeinsame Studie der Internationalen Energieagentur (IEA) und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) die Vorteile einer globalen Energiewende deutlich gemacht. Zwar werden die Ziele des Weltklimavertrags der Studie zufolge mit den bisherigen Maßnahmen der Länder noch längst nicht erreicht, sowohl was die Senkung der Emissionen als auch den Ausbau der Erneuerbaren-Erzeugung angeht. Doch beziffert die Studie allein das zusätzliche Wirtschaftswachstum durch die Erneuerbaren auf 0,8 Prozent und geht von sechs Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen aus. Die notwendigen Investitionskosten würden angesichts vermiedener Kosten klimawandelbedingter Umweltschäden und vermiedener Gesundheitsschäden um das Zwei- bis Sechsfache aufgewogen.

Doch der wirtschaftlich getriebene Wandel allein reicht nicht aus und ist noch immer zu langsam. Als Vorsitzende der G20 steht Bundeskanzlerin Angela Merkel nun in der Verantwortung, die nationalen und internationalen Klimaschutz-Ankündigungen mit Leben zu füllen. Merkel muss den G20-Gipfel nutzen, um gemeinsam mit wirtschaftsstarken Partnern ein Bündnis von klimapolitischen Vorreiterstaaten zu schmieden, das gegen die kurzfristigen Interessen der US-Regierung im Schlüsselsektor Energieerzeugung zügig vorangeht.

Kohleausstieg vor 2030: Deutschland muss bei der Energiewende wieder Vorreiter werden

Um international die Zugkraft für ein solches Bündnis zu schaffen, muss Deutschland bei der Energiewende wieder Vorreiter werden: Die Bundesregierung darf den Ausstieg aus der Kohleverstromung nicht länger verschleppen. Der Ausstieg muss noch vor dem Jahr 2030 vollzogen sein und der Wandel zugleich in den deutschen Kohle-Regionen langfristig sozial und wirtschaftlich abgefedert werden. Dazu müssen im Jahr 2018 die Vereinbarungen getroffen und gesetzlich verankert werden. Das beinhaltet auch die kurzfristige Stilllegung der ältesten und dreckigsten Kohlemeiler bis 2020 – ansonsten würde Deutschland seine Klimaziele für 2020 krachend verfehlen. Eine berechenbare Klimapolitik sorgt nicht nur für mehr Klarheit in der Klimadiplomatie und bei Investoren, sondern auch bei den Beschäftigten und weiteren Betroffenen in den deutschen Kohleregionen.

Handeln ist überfällig, denn tatsächlich sinken die Emissionen im einstigen Energiewende-Land seit 2009 nicht mehr. Daran tragen die 110 immer noch laufenden Kohlekraftwerke³ erhebliche Schuld. Mit nach wie vor 40 Prozent Anteil am Strommix waren sie im Jahr 2016 allein für ein Drittel der gesamten deutschen Treibhausgase und für 80 Prozent der Emissionen im Energiesektor verantwortlich. Wenn sich Deutschland der Welt glaubhaft als Klimaretter präsentieren will, sollte die Bundesregierung den Ausstieg aus fossilen Energieträgern also nicht weiter ausbremsen, sondern mit einem rechtlich verbindlichen Fahrplan bereits vor 2030 einläuten.

Die andere Seite der energiewirtschaftlichen Transformation ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Auch hier hinkt das selbst erklärte Energiewendeland inzwischen gewaltig hinterher. Sein verbindliches EU-Ziel für den Erneuerbaren-Ausbau in den Sektoren Wärme, Verkehr und Strom wird es voraussichtlich verfehlen. Die nächste Bundesregierung muss daher dringend die Fehler dieser Legislaturperiode beheben. Sie muss die Ausbaumengen für die Erneuerbaren auf das klimapolitisch nötige Maß anheben und die Realisierung der Anlagen sowie die weiterhin starke Beteiligung von Bürgerenergieprojekten sicherstellen.

² OECD (2017): Investing in Climate, Investing in Growth

³ Lt. UBA-Kraftwerksliste, Anlagen über 100 MW. Davon rd. 70 Steinkohle-befeuert.

Schlüsselrolle von Schwellenländern: China und Indien als mögliche Partner

Entscheidend für die Bewältigung der Klimakrise ist auch die Transformation der Energieerzeugung in Ländern wie China und Indien, in Indonesien, der Türkei und in Saudi-Arabien, deren Treibhausgasausstoß in den letzten Jahren rasant gestiegen ist. Vorausgesetzt die Bundesregierung stellt jetzt die Weichen richtig, können sie potentiell zu wichtigen Partnern werden. Vor allem die bevölkerungsreichen und stark kohleabhängigen Länder China und Indien spielen eine zentrale Rolle, und beide Länder scheinen die Dekarbonisierung ihrer Energiesektoren schneller als in Paris zugesagt vollziehen zu wollen.

Einerseits sind die globalen Entwicklungen ermutigend, denn der Kohle-Boom des letzten Jahrzehnts setzt sich aktuell nicht fort. So ist nach IEA-Angaben auch der Kohleverbrauch jüngst erstmals kaum noch gestiegen. Andererseits wurde historisch betrachtet niemals so viel Kohle verbraucht wie heute. Diese Entwicklungen sind stark von der Energiepolitik Indiens und Chinas abhängig. Denn China ist für etwa die Hälfte der globalen Kohle-Nachfrage und -produktion verantwortlich. In Indien und China zusammen fanden rund 80 Prozent der Kohlekraftwerksneubauten seit 2006 statt.

Doch die Politik in beiden Ländern wandelt sich: Die chinesische Regierung baut die Überkapazitäten bei der Kohle rigoros ab, sogar begonnene Neubauprojekte wurden gestoppt. So reduzieren sich damit laut Climate Action Tracker allein in China bis 2030 die klimaschädlichen Emissionen um ein bis zwei Gigatonnen. Auch in Indien werden viele geplante Projekte nicht mehr realisiert, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Ab 2022 sollen keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden, und die indische Regierung geht davon aus, dass 60 Prozent des Stroms bereits vor 2030 aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden.

Diese ermutigenden Zeichen muss die internationale Gemeinschaft aufgreifen und verstärken. Das Pariser Klimaabkommen ist dafür der Hebel. Denn bis vor kurzem wäre eine solche Trendumkehr noch undenkbar gewesen. Mit Verweis auf Deutschland und andere industrialisierte Länder, die aufgrund ihrer jahrzehntelangen Verbrennung von Kohle den Klimawandel verursacht haben und noch immer auf Kohle setzten, lehnten bislang viele Entwicklungs- und Schwellenländer eine Abkehr von fossilen Energiequellen ab.

Zu früh für Entwarnung: Subventionen für fossile Energien beenden

Für Entwarnung ist es allerdings zu viel zu früh, denn weiterhin sind weltweit Hunderttausende Megawatt an Kohlekraftwerken geplant und im Bau, jedes Einzelne ist eines zu viel für das Klima. Die staatliche Unterstützung der G20-Länder für fossile Energiequellen lässt insgesamt Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihrer Klimaschutzbemühungen aufkommen. Neben der Förderung des Baus von Kohlekraftwerken in anderen Ländern mittels Exportbürgschaften ist die hohe staatliche Subventionierung fossiler Energien in fast allen G20-Staaten nach wie vor gang und gäbe. De facto fördert die Ländergruppe die Produktion und den Verbrauch von Mineralöl, Erdgas und Kohle mit mehr als 350 Milliarden US-Dollar pro Jahr, so die OECD.

Diese Subventionen müssen bis 2020 abgezogen werden. Die G20-Regierungen haben sich schon oft zum Abbau dieser klimaschädlichen Subventionen bekannt, Taten folgten aber bisher keine. Vereinbart werden muss ein konkreter Plan zur Beendigung der Subventionen bis 2020. Gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen fordert der BUND im C20-Prozess die Abschaffung der Subventionen bis spätestens 2020⁴. Auch die geplanten Infrastrukturausgaben müssen die G20-Länder klimafreundlich gestalten.

⁴ Vgl. Sustainability Civil 20 – Civil Society Recommendations to the G20

Fakten zum Kraftwerk Hamburg Moorburg

Das umstrittene Kohlekraftwerk Moorburg ist Sinnbild der verfehlten Klimapolitik der vergangenen Jahre, die sich noch immer nicht von der Kohle verabschiedet hat, obwohl die Erneuerbaren Energien rasch an Fahrt aufgenommen haben. Das Kraftwerk der Firma Vattenfall gehört zu den größten Steinkohlekraftwerken in Europa. Es besteht aus zwei Blöcken mit einer elektrischen Nennleistung von 1.640 Megawatt. Unter Volllast werden mehr als vier Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr verbrannt und dabei ca. 8,5 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. Der Wirkungsgrad liegt bei 46,5 Prozent, eine Auskopplung von Kohlewärme in das städtische Fernwärmenetz konnte bislang verhindert werden.

Neben der klimapolitischen Kritik betrachtet der BUND auch die Kühlwasserentnahme (Durchlaufkühlung) aus der Elbe als besonders problematisch. Das Kraftwerk benötigt unter Volllast 64,3 Kubikmeter Kühlwasser pro Sekunde. Alle Kleinlebewesen, Fischeier und Fischlarven werden dadurch abgetötet und die Fischfauna geschädigt, darunter auch nach der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geschützte Arten.

Das immissionsschutzrechtliche Verfahren für das Kraftwerk wurde noch unter CDU-Verantwortung 2008 eingeleitet. Die CDU Hamburg hatte sich dafür eingesetzt, dass entgegen der ursprünglichen Planung von Vattenfall statt einem sogar zwei Blöcke am Standort gebaut werden durften. Unter schwarz-grüner Regierungsverantwortung wurde dann auch eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt – mit Auflagen zwar, die jedoch aus Naturschutzsicht keineswegs ausreichen.

Vattenfall verklagte Deutschland aufgrund dieser Umwelt-Auflagen vor einem Internationalen Schiedsgericht auf 1,3 Milliarden Dollar Schadensersatz. Das Verfahren wurde letztlich zurückgenommen, im Gegenzug aber auch die wasserrechtlichen Auflagen abgeschwächt.

Der BUND hat allerdings vor dem OVG Hamburg ein Urteil erstritten, dass das Kraftwerk nur mit Hybridkühlturm laufen darf. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. Vor kurzem entschied der Europäische Gerichtshof, dass die damalige wasserrechtliche Genehmigung rechtswidrig war. Daraufhin ordnete die Hamburger Umweltbehörde an, dass das Kraftwerk bis auf weiteres nur mit Kreislaufkühlung betrieben werden darf.

Der Bau des Kraftwerkes hat über drei Milliarden Euro gekostet, fast doppelt so viel wie der ursprüngliche Kostenansatz von 1,7 Milliarden Euro. Während des Baus traten unter anderem Probleme mit dem Kesselstahl auf, die Inbetriebnahme hat sich erheblich verzögert. Offiziell ging das Kraftwerk 2015 in Betrieb. Vattenfall gibt heute selbst zu, dass ein solches Kraftwerk „wohl nicht mehr,“ gebaut werden sollte. Es erfolgte bereits eine Abschreibung in Höhe von 1 Mrd. Euro im Jahre 2015.

Kontakt und weitere Informationen

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle
Ann-Kathrin Schneider
Leiterin internationale Klimapolitik
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel. (0 30) 2 75 86-468
annkathrin.schneider@bund.net
www.bund.net

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle
Tina Löffelsend
Leiterin Energie- und nationale Klimapolitik
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel. (0 30) 2 75 86-433
tina.loeffelsend@bund.net
www.bund.net